

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIII/91

15. Mai 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Moskau und Ostberlin</u>	65

Ulrichs Gefolgschaftstreue macht sich für die SED bezahlt

Von Dr. Heinz Kreutzmann, MdB.

3	<u>Wer ist der Friedensstörer?</u>	44
---	------------------------------------	----

Zum Schreiben Willi Stophs an den Bundeskanzler

4	<u>Was ist Härte?</u>	47
---	-----------------------	----

Mietkündigung und die neue Sozialklausel

5	<u>Ceaucescu geht nach Belgrad</u>	46
---	------------------------------------	----

Neue "Kleine Entente"

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

\* \* \*

Zur Zeit verantwortlich: Albert Exler

### Moskau und Ostberlin

Ulbrichts Gefolgschaftstreue macht sich für die SED bezahlt

Von Dr. Heinz Kreuzmann, MdB

Konnte man in den vergangenen Monaten zu der Überzeugung gelangen, daß man in Moskau Ulbrichts Politik der Nadelstiche in der Deutschlandfrage hier und da als zu weitgehend empfindet, der Kremldämpfend auf das Vorgehen Ostberlins einwirkt, so hat sich in den letzten Wochen und Monaten gezeigt, daß die Vorstellung von Diskrepanzen zwischen Moskau und Ostberlin eine Illusion ist. Die Entwicklung in der Tschechoslowakei und die Unruhen in Polen haben, verbunden mit den zwischen Ostberlin und Moskau bestehenden Handelsverträgen, die Sowjete zu einer rückhaltlosen Unterstützung der Politik der DDR veranlaßt. Wer daran noch Zweifel hegte, wurde durch die Antwort des Ostberliner Sowjetbotschafters Abbrassinow auf die Vorstellung der drei Westmächte wegen des von dem Ostberliner Innenminister, Generaloberst Dickel, erlassenen Durchreiseverbotes gegen NPD-Mitglieder und höhere Beamte des Bundes durch die DDR eindeutig von der Haltung Moskaus überzeugt.

Es hat dem Kreml wenig Eindruck gemacht, daß man von westdeutscher Seite ins Treffen führte, mit diesem Erlaß gäbe man gewissermaßen Herrn von Thadden die Entscheidung darüber in die Hand, wer durch die mitteldeutschen Gebiete reisen dürfe und wer nicht. Die bisher erfolgten Abweisungen haben schließlich auch gezeigt, daß nicht nur Thadden, sondern auch Ulbrichts Geheimpolizei recht gut weiß, wer Mitglied der NPD ist - ein recht eindrucksvoller Beweis dafür, wie sehr manche NPD-Patrioten auf zwei Schultern tragen! Aber die NPD war ja ohnehin für die Ostberliner Behörden nur das Vehikel, mit dem man den eigentlich erstrebten Hebel in die Hand bekommen wollte: die Möglichkeit, die Zufahrtswege nach Berlin unsicher zu machen, um damit die Stadt wirtschaftlich und politisch immer mehr austrocknen zu können.

Sicherlich wäre man dabei vorsichtiger gewesen, wenn man noch mit einer inneren Stabilität der Berliner Verhältnisse zu rechnen gehabt hätte, wie sie in den Tagen Ernst Reuters und Willy Brandts vorhanden war. Die ständigen Unruhen und Aufläufe in Berlin, wie in der Bundesrepublik selbst, haben Ostberlin zu seiner Politik der Härte ohne Zweifel wesentlich ermutigt. Sie sehen die Bundesrepublik heute in einer Art vorrevo-

lutionärem Stadium, wie es etwa das Rußland des Zaren im Jahre 1905 und danach kennzeichnete. Das fast vergessene ZK der KPD der Bundesrepublik wird von Ostberlin aus in einem Ausmaß aktiviert, wie man es niemals zuvor seit dem KPD-Verbot beobachten konnte. Der Besuch Zorapkins bei der sogenannten Außerparlamentarischen Opposition anlässlich der von ihr in Trier veranstalteten Marx-Feier zeigt, wie wenig man noch glaubt, auf die in der Bundesrepublik regierenden Kräfte Rücksicht nehmen zu müssen. In der den Kommunisten eigenen Heilsgewißheit von der reinen Lehre vereint sich der Wunsch, der Bonner Ostpolitik in den osteuropäischen Raum hinein einen Riegel vorzuschieben mit der Hoffnung, den Staat von Bonn von innen heraus vernichtend treffen zu können.

In dieser Situation zu hoffen, mit irgendwelchen Zugeständnissen Moskau oder Pankow zu einer Änderung ihrer Haltung zu veranlassen, ist unrealistisch. Es bleibt uns gar nichts anderes übrig, als für die nächsten Wochen und Monate keinerlei allzu große Hoffnungen auf Fortschritte in der deutschen Frage zu hegen. Das ist keine Resignation, sondern eine nüchterne Einschätzung der gebotenen Möglichkeiten.

Man mag das da und dort in Frage stellen. Bis heute hat aber noch niemand ein Patentrezept aufweisen können, wie man zu raschen Fortschritten gelangen kann. Gerade die, die immer wieder Kritik äußern, sollten nicht vergessen, daß sie mit ihrer Politik der verpaßten Gelegenheiten und der geringen Beweglichkeit den heutigen Zustand maßgeblich mit herbeigeführt haben. Wir können jetzt nur in langwieriger, zäher Kleinarbeit den Versuch machen, das Zerrbild, das man von uns jenseits der deutschen Grenzen gezeichnet hat, systematisch zu zerstören, die Welt von unserer ehrlichen Verständigungsbereitschaft zu überzeugen. Aber nicht nur davon, auch unsere innere Stabilität und Zuverlässigkeit muß wieder überzeugend dargelegt werden. Stimmen für die NPD und Demonstrationen einer antiparlamentarischen Opposition sind dafür keine Beiträge. Niemand aus diesen Kreisen hat darum auch ein Recht, der Regierung ihre "mangelnden Erfolge" in der Deutschlandpolitik vorzuwerfen!

+ + +

Wer ist der Friedensstörer ?

Zum Schreiben Willi Stoph's an den Bundeskanzler

sp - Das letzte Fernschreiben des Ministerpräsidenten der DDR, Willi Stoph, geht nicht auf die wiederholten Angebote der Bundesregierung ein, gegenseitige Vereinbarungen zur Erleichterung der Lage der Menschen im gespaltenen Deutschland zu treffen. Herrn Stoph geht es um ganz andere Dinge. Er fühlte sich bemüht, die Bundesregierung und den Bundestag vor der Verabschiedung der Notstandsgesetze zu warnen, weil diese "den Frieden bedrohen", "die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten verschärfen und verschlechtern würden" und "die Spannungen in Europa erhöhen".

Als warnender Friedensapostel fehlt wohl dem Ministerpräsidenten der DDR jegliche Legitimation. Seine Warnung beginnt mit einer Behauptung, deren Gehalt an Unwahrheit unser ganzes Volk bezeugen kann. Die jetzt laufenden Beratungen über die Notstandsgesetze finden ja nicht, wie Herr Stoph schrieb, hinter verschlossenen Türen statt. Jedermann kann sie über den Rundfunk und über das Fernsehen verfolgen, jedermann sind auch die Protokolle über die Zweite Lesung zugänglich; auch für den Ministerpräsidenten des anderen Teils Deutschlands.

- \* Die Notstandsgesetze dienen in Stunden der Not dem Schutz unserer
- \* Bundesrepublik und der Erhaltung ihrer freiheitlichen Grundord-
- \* nung unter Ausschaltung von staatlicher Willkür eben in Stunden
- \* der äußeren oder inneren Bedrängnis. Sie stellen keine gegen ir-
- \* gend jemanden gerichtete Drohung dar, denn sie bleiben auf das Ge-
- \* biet der Bundesrepublik beschränkt.

Wie sieht es nun im Bereich der DDR in dieser Hinsicht aus? Dort kann der Staatsrat, ohne die "Volkskammer" befragen zu müssen, aus eigener angemaßter Machtvollkommenheit jede Willkürmaßnahme treffen, die ihm in den Kram paßt. Er kann den Verteidigungsfall erklären und auch jene bescheidenen Rechte aufheben, die dem Arbeitnehmer in der DDR aufgrund der neuen Verfassung gewährt sind. Er kann sogar die unbeschränkte Dienstverpflichtung einführen. Das kann die Bundesregierung eben nicht, denn sie muß sich an demokratische Gesetze halten. Dafür sorgt schon das Parlament.

Herr Stoph sprach von "Friedensbedrohung". Wer bedroht den Frieden? Wer erhöht die Spannungen? Wer ließ bisher alle Angebote der Bundesregierung unbeachtet und brachte sie der Bevölkerung Mitteldeutschlands nicht einmal zur Kenntnis? Bonn hatte Vereinbarungen angeregt, die die Lage der Menschen im gespaltenen Deutschland durch ein geregeltes Nebeneinander beider Teile Deutschlands erleichtern sollen. Die Antwort Ostberlins erfolgt durch schikanöse Behinderungen des Berlin-Verkehrs, eine Nadelstichpolitik, die wahrhaftig nicht geeignet ist, den Konfliktstoff im Herzen Europas zu mindern. Die Frage, wer in diesen unruhigen Zeiten den Frieden stört, den Weg zur Verständigung blockiert und die Gräben zwischen beiden Teilen Deutschlands vertieft, findet für jedermann ihre Beantwortung durch das Verhalten der Machthaber in Ostberlin.

Was ist Härte?

Mietkündigung und die neue Sozialklausel

Der Deutsche Mieterbund e.V. Köln legt eine Broschüre vor: "Die neue Sozialklausel im Wohnmietrecht". Verfasser ist der Jurist Dr. Paul Schulz, Frankfurt. Wir entnehmen daraus folgende Darlegungen:

Nach § 556a Abs. 1 in der neuen Fassung des BGB "kann der Mieter der Kündigung eines Mietverhältnisses über Wohnraum widersprechen und vom Vermieter die Fortsetzung des Mietverhältnisses verlangen, wenn die vertragsmäßige Beendigung für den Mieter oder seine Familie eine Härte bedeuten würde, die auch unter Würdigung der berechtigten Interessen des Vermieters nicht zu rechtfertigen ist".

Nach der bisherigen Fassung dieser Vorschrift konnte der Wohnraum-Mieter gegen die Kündigung Widerspruch nur erheben und Fortsetzung des Mietverhältnisses verlangen, wenn eine Beendigung "wegen besonderer Umstände des Einzelfalles einen Eingriff in die Lebensverhältnisse des Mieters oder seiner Familie bewirken würde, dessen Härte auch unter voller Würdigung der Belange des Vermieters nicht zu rechtfertigen ist".

Die Neufassung der Sozialklausel soll "eine gerechte Interessenabwägung zwischen Vermieter und Mieter gewährleisten". Für die Auslegung der jetzigen Fassung der Sozialklausel ist es von Wichtigkeit festzustellen, daß der Gesetzgeber es allein als wesentlich angesehen hat, daß "eine Härte" gegeben ist.

Diese Klarstellung wird das Recht des Mieters zum Widerspruch gegen die Kündigung sicherstellen. Das vor allem in den Fällen, in denen der Mieter aufgrund seiner Einkommensverhältnisse Anspruch auf eine Sozialwohnung besitzt, der Mangel an Sozialwohnungen oder die Berücksichtigung besonders dringender Fälle bei ihrer Verteilung eine Zuteilung in absehbarer Zeit jedoch nicht möglich erscheinen läßt. Aber auch die Beendigung des Mietverhältnisses, die Aufgabe seines Heims, stellt in der Regel für den Mieter eine Härte dar, insbesondere dann, wenn er nach seinen Einkommensverhältnissen nicht in der Lage ist, die auf dem freien Wohnungsmarkt geforderten Mieten für eine seinen Familienverhältnissen entsprechende, angemessene Ersatzwohnung aufzubringen. Auch andere Umstände bedeuten eine Härte, so Schwangerschaft, Kinder oder hohes Alter. Weitere Beispiele ergeben sich sogar schon aus der bisherigen Rechtsprechung und Literatur. So werden schwere Erkrankung, Schwierigkeiten bei der Ausbildung der Kinder, besondere finanzielle Aufwendungen für die Wohnung, lange Mietdauer, Abwendung früherer Kündigungen durch Zubilligung der geforderten Mieterhöhungen usw. im Einzelfall bei dem nunmehr vorzunehmenden Interessenausgleich den Ausschlag zugunsten des Mieters geben müssen.

Da ein Widerspruch nur bei "vertragsmäßiger" Beendigung des Mietverhältnisses möglich und in den Fällen des § 556a Abs. 1 BGB ausgeschlossen ist, werden sich die abzuwägenden Interessen des Vermieters in der Hauptsache darauf beschränken, daß dieser einen echten dringenden Eigenbedarf besitzt.

+ +

## Ceausescu geht nach Belgrad

### Neue "Kleine Entente"

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Dem Führer der finnischen "Weißen Garde", Freiherr Karl Gustav von Mannerheim, widerfuhr eine posthume Ehrung: Ion Gheorghe Maurer, Ministerpräsident des roten Rumänien, legte an seinem Grab einen Kranz nieder. Erregte sich das Linksblatt "Paivan Sanomat" über die rechte Geste: Ob sich der Genosse vom Balkan nicht daran erinnere, daß Mannerheim 1918 mit deutscher Hilfe das damalige kommunistische Regime in Finnland gestürzt habe und während des Zweiten Weltkrieges als finnischer Oberbefehlshaber Bundesgenosse Hitlers gewesen sei? Moskaus Nachrichtenagentur TASS fing den Ball aus dem Norden gern auf: "Was würde das vom Faschismus befreite rumänische Volk sagen, wenn finnische Staatsmänner einen Kranz am Grabe des rumänischen Führers zur Zeit des Krieges niederlegten?"

Die Kontroverse, durch die Rumänien-Premier Maurer überdeutlich in die Nähe des Eisernen Gardisten Horea-Sima, eines Faschisten, gerückt werden sollte, ist kennzeichnend für das gespannte Verhältnis zwischen Moskau und Bukarest. Der letzte prominente Rumäne, der in der Sowjetunion weilte, Parlamentsvizopräsident Ilie Murgulescu, wußte lediglich die 20. Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des sowjetisch-rumänischen Freundschafts-, Zusammenarbeits- und Hilfeabkommens zu feiern, ohne allerdings die notwendig gewordene Verlängerung dieses Vertrages ankündigen zu können.

Statt das alt und brüchig gewordene Freundschaftsbündnis zwischen Russen und Rumänen neu zu schlingen, hat sich Ceausescu, der neue starke Mann der Sozialistischen Republik Rumänien, lieber entschlossen, eine Einladung Titos anzunehmen, der er gegen Ende dieses Monats Folge leisten will.

Obgleich Titos Partei die erste war, die schon jetzt ihre Teilnahme an der von Moskau geplanten Weltkonferenz der kommunistischen Parteien abgesagt hat und somit auf den ersten Blick den Vorstellungen der rumänischen Partei am nächsten kommt, bestehen aber auch zwischen Jugoslawien und Rumänien eine Reihe von Meinungsverschiedenheiten, zum Beispiel in der Frage des Atomsperrevertrages, den die Regierung von Bukarest auf jeden Fall ablehnen möchte, Belgrad jedoch, selbst unter Vorbehalten und Bedenken, akzeptieren will. Und während sich Jugoslawien mit allen Kräften auf eine neue Konferenz der neutralistischen Kräfte vorbereitet, verharnt Rumänien auf einem eher neutralen Standpunkt, der unter anderem zu verschiedener Betrachtungsweise in der Israelfrage führt.

Sicher wird der Ausräumung dieser Meinungsverschiedenheiten Ende des Monats in Belgrad breiter Raum gewidmet werden; ebenso sicher jedoch ist, daß Ceausescu und Tito jeden Anschein einer engen Koalition vermeiden werden. Denn nicht nur in Moskau, sondern vor allem auch in Budapest könnte man ansonsten zur Ansicht gelangen, Bukarest, Belgrad und Prag zimmerten an einer Wiederauflage der alten Kleinen Entente, die sich, das wissen wiederum Tito und Ceausescu genau, im Ernstfall kaum besser bewähren könnte als ihr Vorbild.